

Viel Widerstand gegen das „Fremden-Unrechtspaket“

Es ist wie das Amen im Gebet: Änderungen im Fremdenrecht polarisieren immer enorm. Auch diesmal gibt es viel Widerstand gegen das Gesetzespaket.

Mittwochabend machten Demonstranten in Wien und Salzburg ihrem Unmut über „den Abbau von Menschenrechten“ Luft. 40 Organisationen (SOS-Mitmensch, Asyl in Not, Amnesty, Diakonie, Hochschülerschaft) hatten zur Demo aufgerufen. Laut Polizei nahmen in Wien bis zu 1600 Menschen teil.

Was bemängeln die Gegner konkret? Die Rot-Weiß-Rot-Card wird zwar teils positiv gesehen, doch die Kritiker stoßen sich vor allem an erneut verschärften Bestim-

mungen für Asylwerber. Abgelehnt wird die „Lagerhaft“ für Asylwerber, wie Michael Genner von „Asyl in Not“ die Anwesenheitspflicht nennt. Flüchtlinge müssen sich künftig bis zu sieben Tage lang im Erstaufnahmelager aufhalten und in dieser Zeit für Untersuchungen und Befragungen zur Verfügung stehen („Mitwirkungspflicht“).

Innerhalb der sieben Tage wollen die Behörden abklären, ob Österreich oder ein anderes EU-Land für das Asylverfahren zuständig ist. Die Regierung begründet die Anwesenheitspflicht damit, dass viele Flüchtlinge untertauchen würden, ehe geklärt sei, wo das Verfahren durchgeführt werden muss.

Ebenfalls umstritten sind die Änderungen bei der Schubhaft. Bisher galt für bis zu 18-Jährige das „gelindere Mittel“ – also z. B. die Unterbringung für Abschiebekandidaten in einer Wohnung statt in Schubhaft. Das Alterslimit wird nun auf 16 Jahre gesenkt. Und: Schubhaft kann nun zehn Monate lang binnen eineinhalb Jahren (statt bisher binnen zwei Jahren) verhängt werden.

Zu streng, zu mild Die Grünen werden morgen im Parlament gegen das „Fremden-Unrechtspaket“ stimmen. Umstritten sind die Verschärfungen auch innerhalb der SPÖ. Wiens Integrationsstadträtin Sandra Frau-

enberger spricht von einem „integrationsfeindlichen Fremdenrechts-Flickwerk“. Bedenken kommen auch aus der SPÖ-Oberösterreich. Nationalratsabgeordnete Sonja Ablinger bekräftigte gestern erneut: „Ich werde nicht zustimmen.“ Ablinger war in der SPÖ-Klubssitzung am Mittwoch die einzige, die ankündigte, dass sie dem Paket nicht zustimmen wird.

Die ÖVP wird geschlossen zustimmen. FPÖ und BZÖ stimmen dagegen – allerdings wegen zu großer „Milde“: Die Orangen glauben, dass mit der Rot-Weiß-Rot-Card „der Massenzuwanderung Tür und Tor geöffnet wird“. Den Blauen gehen die Verschärfungen nicht weit



Widerstand: In Wien wurde gegen das neue Gesetz protestiert

genug („zahnloser Löwe“).

Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz (ÖVP) wollte sich gestern nicht zu den Inhalten des Fremdenrechtspaketes äußern. Dies sei schließlich schon vor seiner Amtszeit, im Februar, vom Ministerrat

abgesegnet worden; außerdem regle das Fremdenrecht die Zuwanderung, nicht die Integration, sagte Kurz in der *ZfB 2*. Das Prinzip „Deutsch vor Zuzug“ unterstützt Kurz: „Das ist auch für die Integration sehr wichtig.“ – Maria Kern